



Presseinformation – L-Duisburg

18.07.2018
Seite 1 von 2

Staatssekretärin Güler besucht Kommunales Integrationszentrum in Duisburg

Staatskanzlei
Pressestelle
40190 Düsseldorf
Telefon 0211 837-1134 oder 1405
Telefax 0211 837-1144

Das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration teilt mit:

presse@stk.nrw.de
www.land.nrw

Integrationsstaatssekretärin Serap Güler setzt ihre im Sommer 2017 begonnene Tour durch Nordrhein-Westfalen fort. „Mir ist wichtig, die Integrationsarbeit in den Kreisen und kreisfreien Städten vor Ort persönlich kennenzulernen. Die Bedarfe sind in den Regionen sehr verschieden. Das müssen wir stärker berücksichtigen“, erklärte die Staatssekretärin bei ihrer heutigen Station in Duisburg. Im vergangenen Jahr hatte sie sich bereits in 22 Einrichtungen informiert.

Nordrhein-Westfalen ist das einzige Bundesland, in dem es Kommunale Integrationszentren gibt. Die Einrichtungen bieten Angebote für Kinder und Jugendliche mit Einwanderungsgeschichte, die die Bildungschancen verbessern sollen. Daneben koordinieren sie die Aktivitäten und Angebote der Kommunen und freien Träger in Bezug auf Integration und das Zusammenleben in Vielfalt. Seit 2015 unterstützen die Kommunalen Integrationszentren im Rahmen des Landesprogramms KOMMAN NRW Bürgerinnen und Bürger, die sich vor Ort um Geflüchtete kümmern.

Staatssekretärin Güler lobte bei ihrem Besuch in Duisburg die Arbeit der Einrichtungen: „Für die bessere Vernetzung der Integrationsarbeit vor Ort sind die Kommunalen Integrationszentren mittlerweile unverzichtbar. Die Landesregierung wird der kommunalen Integrationsarbeit neue Struktur verleihen und hat vereinbart, die Voraussetzung für eine auskömmliche Finanzierung der Einrichtungen aus Landesmitteln bis zum Ende der Legislaturperiode 2022 zu sichern. Bei aller berechtigten Aufmerksamkeit für die Neuzugewanderten, sollten wir nicht diejenigen aus dem Blick verlieren, die bereits dauerhaft hier leben.“

Das Kommunale Integrationszentrum Duisburg berät und begleitet Kindergärten, Schulen sowie dort tätige Erzieherinnen und Erzieher und

Lehrkräfte mit neuen sprachbildenden und interkulturellen Konzepten, damit zugewanderten Kindern und Jugendlichen gleiche Bildungschancen ermöglicht werden. Zudem erarbeitet das KI in den nächsten zwei Jahren ein neues gesamtstädtisches Konzept für die Integration von zugewanderten Menschen, das ihre unterschiedlichen Lebenslagen berücksichtigt.

Duisburgs Integrationsdezernent Dr. Ralf Krumpholz freute sich über den Besuch der Staatssekretärin: „Die Themen Migration und Integration spielen in Duisburg eine sehr große Rolle. Die immensen Herausforderungen können nur gemeinsam in Form einer Verantwortungsgemeinschaft von Kommune, Land, Bund und der EU gestemmt werden. Der Besuch des Kommunalen Integrationszentrums und der fachliche Austausch mit den Beschäftigten unterstreicht das besondere Interesse der Staatssekretärin. Wir freuen uns über die Wertschätzung der dort geleisteten Arbeit.“

Perspektivisch will die Integrationsstaatssekretärin alle Kommunalen Integrationszentren in Nordrhein-Westfalen besuchen.

2012 hatte der Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP das Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen beschlossen. Damit wurde auch der Grundstein für die Einrichtung der Kommunalen Integrationszentren gelegt. Heute verfügen alle 54 Kreise und kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen über ein Kommunales Integrationszentrum. 2016 wurden insgesamt rund 39,4 Millionen Euro für die Arbeit der Einrichtungen zur Verfügung gestellt. Davon kamen 19,6 Millionen Euro aus den kommunalen Haushalten, 14,5 Millionen Euro waren Landesmittel und fast 5,3 Millionen Euro waren Stiftungs- und Drittmittel.

Weitere Informationen: www.mkffi.nrw

Folgen Sie uns im Netz:

Twitter: [@chancenrw](https://twitter.com/chancenrw)

Facebook: [Chancen NRW](https://www.facebook.com/ChancenNRW)

Instagram: [chancen_nrw](https://www.instagram.com/chancen_nrw)

YouTube: [Chancen NRW](https://www.youtube.com/ChancenNRW)

Bei Nachfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration, Telefon 0211 837-2417.